

Rede von Hans-Dietrich Genscher vor dem Europaparlament (14. Oktober 1982)

Quelle: Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften. Verhandlungen des Europäischen Parlaments. 14.10.1982, Nr. 1-289. [s.l.]. "Rede von Hans-Dietrich Genscher", p. 260-265.

Urheberrecht: Alle Rechte bezüglich des Vervielfältigens, Veröffentlichens, Weiterverarbeitens, Verteilens oder Versendens an Dritte über Internet, ein internes Netzwerk oder auf anderem Wege sind urheberrechtlich geschützt und gelten weltweit.

Alle Rechte der im Internet verbreiteten Dokumente liegen bei den jeweiligen Autoren oder Anspruchsberechtigten.

Die Anträge auf Genehmigung sind an die Autoren oder betreffenden Anspruchsberechtigten zu richten. Wir weisen Sie diesbezüglich ebenfalls auf die juristische Ankündigung und die Benutzungsbedingungen auf der Website hin.

URL: http://www.cvce.eu/obj/rede_von_hans_dietrich_genscher_vor_dem_europaparlament_14_oktober_1982-de-41f41ec3-3a35-4dc4-ace0-14a4935e8c0b.html

Publication date: 18/12/2013

Rede von Hans-Dietrich Genscher vor dem Europaparlament (14. Oktober 1982)

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Vor knapp einem Jahr hatten Außenminister Colombo und ich die Gelegenheit, vor diesem Hohen Haus unsere Ziele und Grundgedanken einer gemeinsamen Europa-Initiative darzulegen. Hier wie in der Öffentlichkeit ist in der Zwischenzeit die Diskussion über Europa weitergeführt worden. Allen Skeptikern zum Trotz hat diese Diskussion Herrn Kollegen Colombo und mich in der Überzeugung bestärkt, daß wir mit dieser Initiative auf dem richtigen Weg sind. Es entspricht gutem parlamentarischen Brauch, die gewählten Vertreter des Volks über laufende wichtige Verhandlungen zu unterrichten. Aber natürlich verbinden wir mit unserem Auftreten vor Ihnen auch die Hoffnung, von Ihnen Rückenwind und Unterstützung zu bekommen. So danken wir Ihnen, daß wir heute diesen Bericht erstatten dürfen.

(Beifall)

Lassen Sie mich vorweg eine Bemerkung machen, meine Damen und Herren. In der Bundesrepublik Deutschland hat eine neue Bundesregierung ihre Arbeit aufgenommen. Diese neue Regierung der Bundesrepublik Deutschland — das haben wir unseren Freunden in der Europäischen Gemeinschaft, unseren Verbündeten in der Atlantischen Allianz, den Regierungen der Warschauer-Pakt-Staaten und den Ländern der Dritten Welt klar zu verstehen gegeben — bürgt für die Kontinuität und Beständigkeit in der Außenpolitik.

(Beifall)

Die neue Bundesregierung wird in ganz besonderem Maße für die Politik der Europäischen Einigung eintreten. Sie betrachtet diesen Teil ihrer Außenpolitik als deren Herzstück. Bundeskanzler Kohl — das zieht sich wie ein roter Faden durch sein politisches Denken und Wirken — ist ein Verfechter des Europäischen Einigungsgedankens. Er wird alle Anstrengungen, bald eine substantielle Europäische Akte zu verabschieden, mit voller Kraft unterstützen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, am 19. November 1981 habe ich an dieser Stelle ausgeführt, es komme an diesem kritischen Zeitpunkt in Europa darauf an, den politischen Einigungsprozeß wieder in Bewegung zu setzen. Nur mit dem politischen Willen zur Integration, dem die Gemeinschaft vor 25 Jahren ihr Entstehen verdankt hat — nur mit diesem politischen Willen —, wird sie sich weiterentwickeln können; ohne Entwicklung aber wird sie zerfallen. Stillstand bedeutet in Wahrheit Rückschritt. Was wir brauchen ist dynamisches Bemühen, die europäische Einigung voranzubringen.

(Beifall)

Mit großer Aufmerksamkeit haben wir den Zwischenbericht Ihres Politischen Ausschusses zu unserer Initiative gelesen. Die darin zum Ausdruck kommende Unterstützung für unsere Vorschläge und das Drängen auf eine rasche Verabschiedung hat uns mit Genugtuung erfüllt. Ich greife gern die Forderung des Politischen Ausschusses auf, dem Europäischen Parlament über die bereits erfolgte Unterrichtung hinaus regelmäßig über den Fortgang der Arbeiten Bericht zu erstatten. Ich bin auch offen für Anregungen zur Verbesserung unseres Vorschlags, insbesondere in den Fragen, die die Beziehungen zwischen Rat und Parlament betreffen. Ich möchte diesen Vorschlag auch meinen Kollegen im Ministerrat nahebringen und mich für seine Verwirklichung einsetzen.

(Beifall)

Mit Befriedigung darf ich darüber hinaus feststellen, daß ich mich in voller Übereinstimmung mit dem Gedanken befinde, den das Hohe Haus in seiner Entschließung vom 6. Juli 1982 zur Europäischen Union geäußert hat, daß nämlich die Europäische Gemeinschaft und die darauf gründenden Kooperationsformen ihren Mitgliedstaaten, aber auch der internationalen Völkergemeinschaft großen Nutzen gebracht haben. Sie

sind ein Element internationaler Stabilität. Das Auftreten neuer politischer und wirtschaftlicher Herausforderungen aber macht Reformen notwendig.

Ich glaube, wir können hier ohne Umschweife sagen: Die politische, soziale und institutionelle Entwicklung der Europäischen Gemeinschaft wird den Bedürfnissen und den Notwendigkeiten der Bürger in Europa nicht mehr gerecht. Das müssen wir erkennen.

(Beifall)

Angesichts der verschärften internationalen Konflikte muß die Gemeinschaft endlich jene Rolle spielen, die ihr in der Welt zukommt, nämlich die eines Katalysators für Frieden und Entwicklung; schließlich gibt es keinen Ersatz — übrigens auch keinen institutionellen Ersatz — für den Willen zum gemeinsamen Handeln, um den politischen, sozialen, wirtschaftlichen und technologischen Herausforderungen der Gegenwart und der Zukunft zu begegnen.

Nun muß die Frage gestellt werden, ob die politische und wirtschaftliche Entwicklung der Welt in den vergangenen zwölf Monaten einen Zweifel darüber zuläßt, ob unsere damals erhobenen Forderungen berechtigt sind? Müssen wir nicht sogar befürchten, daß die uns von der Geschichte eingeräumte Frist, die Europäische Union zu schaffen, abläuft und daß wir Gefahr laufen, in eine nationale Interessenpolitik zurückzufallen?

(Beifall)

Seit meiner Rede vom 19. November 1981 ist die internationale Handlungsfähigkeit der Gemeinschaft erneut durch außenpolitische Ereignisse auf die Probe gestellt worden.

Hier ist der Versuch der polnischen Führung zu nennen, mit der Verhängung des Kriegsrechts das Rad der gesellschaftlichen, aber auch der politischen Entwicklung in Polen zurückzudrehen. Die Gemeinschaft hat auf diese Herausforderung in angemessener Weise politisch wie wirtschaftlich reagiert. Wir haben gemeinsam und eindringlich an den Militärrat in Warschau appelliert, das Kriegsrecht aufzuheben, die Verhafteten auf freien Fuß zu setzen und einen wirklichen Dialog mit der Kirche und der Gewerkschaft „Solidarität“ wiederherzustellen und damit die Zusagen einzulösen, welche die polnische Führung selbst bei Ausrufung des Kriegsrechts gegeben hat.

(Beifall)

Diese Erwartung ist am 8. Oktober dieses Jahres aufs neue bitter enttäuscht worden. An diesem Tage hat das polnische Parlament ein neues Gewerkschaftsgesetz verabschiedet, das im Kern auf ein Verbot der Gewerkschaft „Solidarität“ hinausläuft. Die Regierungen der Zehn werden sich nun mit den Auswirkungen auseinandersetzen müssen, die dieses Verbot gegen eine von der Mehrheit der polnischen Arbeiter unterstützte Gewerkschaft auf das gegenseitige Vertrauen und damit auch auf die Politik der Sicherheit und der Zusammenarbeit in Europa und auf die internationalen Beziehungen haben wird.

Die besondere Anteilnahme, das besondere Interesse Europas an der Entwicklung im Nahen Osten haben in zahlreichen klaren Äußerungen der Zehn Ausdruck gefunden. Zwei Mitgliedstaaten der Gemeinschaft haben ihre Söhne in internationale Überwachungs- und Entflechtungsstreitkräfte im Südlibanon, im Sinai und in Westbeirut entsandt. Wir alle schulden diesen beiden Ländern dafür großen Dank.

(Beifall)

Ich erinnere schließlich an die Differenzen, die in diesem Jahr im Verhältnis Europas zu den USA sichtbar wurden. Diese Differenzen betrafen Grundfragen der Weltwirtschaft, aber auch des Ost-West-Verhältnisses und einer angemessenen Reaktion auf die Herausforderung, die wir gemeinsam mit den USA in den Ereignissen in Polen und in Afghanistan erblicken. Ich halte es für ein Faktum von größter Bedeutung, daß die Mitgliedstaaten der Gemeinschaft in diesen Fragen ihren Zusammenhalt gewahrt haben und daß es auf

dieser Basis gelang, das Gespräch zur Entschärfung der Differenzen mit den USA zu führen.

Auch hier entsteht ein Stück europäischer Identität, die wir einbringen wollen in die für uns alle lebenswichtige atlantische Partnerschaft zwischen freien, gemeinsamen Idealen verpflichteten Völkern. Ich bin überzeugt, daß sich gemeinsames europäisches Handeln stabilisierend auf die transatlantischen Beziehungen auswirken wird. Nur gemeinsam können wir unseren Interessen, unseren Einsichten, unserem Rat das Gewicht geben, dessen eine atlantische Partnerschaft zwischen den freien Nationen Europas und Nordamerikas bedarf. Ohnmacht führt über Frustration zu einer fruchtlosen Anti-Haltung, die einer einvernehmlichen Lösung der uns gemeinsam bedrängenden Probleme nicht zuträglich ist.

Offen gesagt imponieren mir die Europäer nicht, die darüber klagen, daß unsere Interessen nicht wahrgenommen und nicht beachtet werden, die aber nicht fähig und bereit sind, hier in Europa diese Interessen gemeinsam zu definieren und sie dann auch zur Geltung zu bringen.

(Beifall)

Wer über mangelnde Interessenwahrnehmung, mangelnde Interessenbeachtung im transatlantischen Verhältnis klagt, der darf mit dem Finger nicht nach Washington zeigen, sondern muß ihn mitten in Europa erheben, weil wir unser Gewicht nicht voll in die Waagschale werfen können.

(Beifall)

Unverändert besorgniserregend bleibt schließlich die Weltwirtschaftslage, die die Gemeinschaft vor eine Bewährungsprobe größten Ausmaßes stellt. In Europa hat die Inflation nachgelassen. Der Prozeß notwendiger Strukturanpassung kommt jedoch nur zögernd voran.

Die Arbeitslosigkeit hat in der Gemeinschaft die Zehnprozentmarke überschritten. Hier geht es um die wirtschaftlichen und sozialen Fundamente unserer Demokratie, aber auch der Europäischen Gemeinschaft. Die Gemeinschaft und alle Regierungen sind dazu aufgerufen, alles zu tun, um unserer Wirtschaft wieder Kraft und Zuversicht zu geben. Geschieht das nicht, werden wir die Arbeitslosigkeit nicht wirksam bekämpfen können. Wir müssen unsere Haushaltsdefizite national in den Griff bekommen.

Wenn ich zu Beginn von unserer kontinuierlichen Außenpolitik gesprochen habe, so möchte ich an dieser Stelle betonen, daß die Bundesregierung energische Maßnahmen ergreifen wird, um das Haushaltsdefizit in unserem Lande herunterzudrücken, die Investitionsbereitschaft zu beleben, neue Wachstumskräfte im Rahmen der sozialen Marktwirtschaft freizusetzen und damit der Arbeitslosigkeit noch wirksamer den Kampf anzusagen. Wenn die gegenwärtige wirtschaftliche Lage die Summe von Fehlentwicklungen in allen Volkswirtschaften ist, dann kann sie auch nur durch die Summe richtiger wirtschaftspolitischer Strategien in unseren Volkswirtschaften überwunden werden.

(Beifall)

Im Gemeinschaftsbereich aber führt kein Weg an der überfälligen Lösung des Haushaltsproblems und in diesem Zusammenhang an einer Umstrukturierung der Ausgaben der Gemeinschaft vorbei. Die zahlreichen auf die Gemeinschaft zukommenden neuen Aufgaben erfordern angesichts der Finanzzwänge eine Eindämmung gerade auch der Agrarausgaben.

Darüber hinaus gilt es, diejenigen seit langem anstehenden weiteren Fragen zu regeln, deren Lösung für den inneren Zusammenhalt der Gemeinschaft wesentlich ist. Ich nenne hier nur als Beispiele die überfälligen Probleme der gemeinsamen Fischereipolitik, die Verhandlungen zur Süderweiterung oder den Abbau von Grenzkontrollen.

(Beifall)

Auch darauf hat Kollege Colombo schon hingewiesen. Wir dürfen nicht durch ein weiteres Hinauszögern

der Verhandlungen mit Spanien und Portugal das Vertrauen der Demokraten in diesen Ländern in unseren Willen, sie aufzunehmen, enttäuschen.

(Beifall)

Ich glaube auch, daß manche Ereignisse der letzten Zeit in einem der beteiligten Länder uns geradezu dazu anspornen sollten, die politische Dimension der baldigen Aufnahme dieser Länder in die Gemeinschaft richtig einzuschätzen.

Vor diesem Hintergrund einer um die Lösung ihrer internen Probleme, aber auch um ihren Platz in der Welt ringenden Gemeinschaft haben sich in den vergangenen neun Monaten die Außenminister, ihre persönlichen Beauftragten und Vertreter der Kommission getroffen, um auf der Grundlage des vom Europäischen Rat erteilten Mandates über den deutsch-italienischen Entwurf für eine Europäische Akte zu beraten. Diese Arbeit ist noch nicht abgeschlossen. Seit Januar wurde jedoch unter zielstrebigem belgischem und dänischem Vorsitzenden, denen ich an dieser Stelle meinen Dank aussprechen möchte, ein umfangreiches Arbeitsprogramm bewältigt und weitgehend Übereinstimmung erzielt. Über die letzte Entwicklung hat der damalige Ratspräsident, der Kollege Olesen, am 7. Juli zu Ihnen gesprochen.

Ich möchte die Ergebnisse der bisherigen Arbeit wie folgt umreißen:

Es war unsere Absicht, das umfassende politische Ziel der Einigung Europas erneut vor unser aller Augen zu stellen. Für den weitverzweigten Prozeß der europäischen Einigung und des europäischen Handelns sollte das Ziel der Europäischen Union konkret festgelegt werden. Ich kann hierzu feststellen: Zur Präambel und zum Zielkatalog liegt ein im wesentlichen abgestimmter, diesen Ansprüchen gerecht werdender Text vor.

Im institutionellen Bereich setzten wir uns eine Reihe von Zielen:

- Die Entscheidungsstrukturen der Europäischen Gemeinschaft und der Europäischen Politischen Zusammenarbeit sollten unter der Verantwortung des Europäischen Rates zusammengeführt werden. Hier konnten unterschiedliche Meinungen angenähert werden.
- Die institutionellen Apparate von Gemeinschaft und EPZ sollten einander ebenfalls angenähert werden. Der vereinbarte Text zum Ministerrat hat eine stärkere Verknüpfung der Mechanismen der EPZ und der EG-Außenbeziehungen zur Folge.

Den gemeinsamen Politiken der EG in Wirtschaft und Währung ist jetzt ein breites Kapitel gewidmet, das auf einen Vorschlag meines Kollegen Colombo zurückgeht, der Akte eine „Erklärung zur wirtschaftlichen Integration“ beizufügen. Es ist ein ausgewogenes Programm dessen, was heute nötig und möglich ist, um die wirtschaftliche Integration voranzubringen.

Unsere Initiative setzte sich zum Ziel, Anstöße für die Einbeziehung neuer Bereiche in die Europäische Zusammenarbeit zu geben. Das gilt erstens für den Bereich der Sicherheitspolitik. Ich glaube, gerade wenn es um die Wahrnehmung der Sicherheitsinteressen — der politischen und der ökonomischen Sicherheitsinteressen Europas — geht, muß diesem Bereich besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden. Es gibt heute in der westlichen Allianz keinen Zweifel darüber, daß der Westen eine übereinstimmende politische und wirtschaftliche Strategie für sein Verhältnis zu den Staaten des Warschauer Pakts braucht. Wenn das nun zutrifft, dann muß sich die Europäische Gemeinschaft dazu auch artikulieren können.

(Beifall)

Genauso wichtig ist der Bereich der kulturellen Zusammenarbeit, die Rechtsangleichung und schließlich die Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität. Anders ausgedrückt: Der von uns allen erhobene Forderung zum Abbau und zur Beseitigung der Grenzkontrollen können wir um so leichter nachkommen, je größer die Fortschritte bei der grenzüberschreitenden Verbrechensbekämpfung sind.

(Beifall)

Man ist sich hier näher gekommen. Die bisher erarbeiteten Texte sehen eine weitere Festigung und auch eine Intensivierung der außenpolitischen Zusammenarbeit vor. Ich muß ganz offen sagen: Im Deutschen sagt man „außenpolitische Zusammenarbeit“ und in den anderen Sprachen wird das auch so übersetzt. Was ich von Herzen wünschen würde, wäre aber anstelle der außenpolitischen Zusammenarbeit eine europäische Außenpolitik. Das ist es, was wir in Wahrheit brauchen.

(Beifall)

Ich bedauere, daß die positive Bewertung für die Meinungsbildung bei der Koordinierung der Sicherheitspolitik in ihren politischen und wirtschaftlichen Aspekten im Rahmen der EPZ nicht gelten kann für zwei Problemkreise, die uns nun — mit „uns“ meine ich meinen Freund Emilio Colombo und mich — besonders am Herzen liegen. Der eine ist die Stärkung der Stellung des Europäischen Parlaments und der zweite die Rückkehr zu den in den Verträgen vorgesehenen Beschlußverfahren in den Ministerräten. Allein schon das Wort Rückkehr muß einen hier stutzig machen, da Europa eigentlich nach vorn gehen sollte.

Wie Sie wissen, ist dem Europäischen Parlament in unserem Entwurf ein wichtiger Platz eingeräumt worden und die Bundesregierung ist davon überzeugt, daß ihm bei der Entwicklung der Europäischen Union eine zentrale Rolle zukommt. Das Bekenntnis zur parlamentarischen Demokratie ist der Kern der politischen Ordnung der Europäischen Gemeinschaft. Deswegen muß aber auch das Handeln der Gemeinschaft demokratisch legitimiert und parlamentarisch kontrolliert werden können.

(Beifall)

Das ist der Auftrag, den die Wähler dem Hohen Haus durch die Direktwahl gegeben haben. Mit Recht fordern sie deshalb, daß die Befugnisse des Parlaments diesem Auftrag entsprechen müssen. Ich möchte mich auch in Zukunft nachhaltig für die Stärkung seiner Rechte einsetzen.

In dem deutsch-italienischen Entwurf finden sie eine zweifache Zielsetzung:

- zum einen, die wesentliche Rolle des Parlaments beim Aufbau der Europäischen Union verbindlich und zukunftsorientiert niederzulegen,
- zum andern, die Befugnisse des Parlaments in fünf konkreten Bereichen seiner täglichen Arbeit effektiv zu verstärken. Ich nenne noch einmal:

1. das Recht, Empfehlungen an den Europäischen Rat und an den Rat zu Fragen von großer Bedeutung und allgemeiner Tragweite zu richten, auf die der Rat Antwort geben wird, wenn dies der Wunsch des Parlaments ist;

2. eine Verbesserung und Erweiterung des Konzertierungsverfahrens zwischen Rat, Parlament und Kommission;

3. eine Anhörung des Parlaments vor dem Abschluß von Beitrittsverträgen, Assoziierungen und anderen internationalen Übereinkommen der Gemeinschaft von erheblicher Bedeutung;

4. eine Stellungnahme des erweiterten Präsidiums des Parlaments vor Ernennung des Präsidenten der Kommission;

5. eine Investitur- oder Vertrauensdebatte im Parlament nach der Ernennung einer neuen Kommission über deren Arbeitsprogramm.

Diese fünf Punkte enthalten wichtige Neuerungen. Hinzu kommen verschiedene Bestimmungen über das parlamentarische Fragerecht und die Berichterstattung des Rates, die einen schon in der Praxis gewachsenen Zustand verbindlich festschreiben.

Wir haben uns bei diesen Vorschlägen von Entschliefungen leiten lassen, die aus diesem Hohen Haus selbst hervorgegangen sind. Zwei besonders wichtige Vorschläge, nämlich zum Konzertierungsverfahren und zu den Außenbeziehungen, sind inzwischen von der Kommission aufgegriffen und in förmliche Beschlußentwürfe umgegossen worden.

Ich weiß, daß unsere Vorschläge nicht alle Ihre Wünsche erfüllen. Am 19. November 1981 habe ich deshalb hier gesagt, wir hatten uns auf solche Vorschläge beschränkt, die keine Änderung der Verträge erfordern. Wir konzentrieren uns auf die möglichst volle Ausschöpfung dieser Verträge. Ich weiß mich hier in Übereinstimmung mit dem Parlament, das in seinen Entschliefungen vom Juli 1981 und Februar 1982 auch diesen Weg gegangen ist. Ich hatte Ihnen außerdem gesagt, wir erwarteten, daß unsere Vorschläge die Zustimmung aller unserer Partner finden könnten. Ich muß Ihnen dazu heute sagen: Unsere Vorschläge sind zwar nicht voll ausdiskutiert, aber der Gang der Verhandlungen zeigt, daß sie zu den weiterhin noch kontroversen Teilen des Entwurfs gehören.

Herr Colombo und ich werden nichts unversucht lassen, um unsere Partner davon zu überzeugen, daß im Vorfeld der in zwei Jahren anstehenden Europawahlen die Rolle des Parlaments gestärkt werden muß.

(Beifall)

Dabei darf es nicht um schnelle Formelkompromisse gehen. Wir sind der Meinung, daß konkrete Verbesserungen erreicht werden müssen. Es muß ein politischer Zustand geschaffen werden, der dem Europäischen Parlament auch im Bewußtsein der Öffentlichkeit den Status, das Gewicht und den Einfluß gibt, der den direkt gewählten Vertretern unserer Völker gebührt. Wir halten an dieser Zielsetzung fest und hoffen, daß der Einfluß des Parlaments dazu beiträgt, die noch Zögernden für unsere Vorschläge zu gewinnen.

Eine weitere wesentliche Forderung ist die Verbesserung der Entscheidungsprozesse, die Ihnen wie uns am Herzen liegt. Herr Olesen hat Ihnen dazu vorgetragen, daß die Institutionen gut funktionieren; er hat Ihnen aber auch gesagt, daß hierüber zwischen den Mitgliedstaaten Uneinigkeit herrsche. Das ist wahr.

Über zweierlei besteht allerdings Einigkeit:

Erstens: Für die Handlungsfähigkeit ist es von wesentlicher Bedeutung, daß die Vertragsbestimmungen über das Beschlußverfahren grundsätzlich auch angewandt werden.

Zweitens: Auch wo Einstimmigkeit erforderlich ist, kann die Beschlußfassung durch Stimmenenthaltung erleichtert werden. Das kommt im Alltag des Ministerrats, nicht im Rampenlicht natürlich, häufig vor, aber es ist gut, das in der Akte noch einmal zum Ausdruck zu bringen.

Umstritten sind die Voraussetzungen, unter denen ein Mitgliedstaat vitale Interessen geltend macht. Sie kennen dazu die unterschiedlichen Haltungen. In einem Parlament, in dem täglich und ganz selbstverständlich mit Mehrheit abgestimmt wird, werde ich sicher nicht auf Widerspruch stoßen, wenn ich sage: Es muß wieder mehr von den Mehrheitsregeln der Verträge Gebrauch gemacht werden! Sie sind ohnehin doch auf solche Fälle beschränkt, von denen die Väter der Verträge annehmen mußten, daß sie fundamentale Interessen der Mitgliedstaaten nicht beeinträchtigen. Was wir in den letzten Jahren an Unvermögen zur Beschlußfassung erlebt haben, hat wahrlich nicht dazu beigetragen, das Ansehen der Gemeinschaft bei unseren Bürgern zu stärken.

(Beifall)

Aus der Praxis muß ich Ihnen sagen, daß die Entwicklung leider keinen positiven Verlauf genommen hat, vielmehr zeigte sich, daß Punkte und Materien miteinander verbunden werden, die ohne Sachzusammenhang sind, und daß man durch die Herstellung eines Junktims versucht, durch ein Nein an einer Stelle ein Ja an einer anderen Stelle zu erreichen. Das ist das Gegenteil von dem, was die Verträge als

Entscheidungsprozeß wollten.

(Beifall)

Nun möchte ich vor dem Mißverständnis warnen, daß die Abstimmung allein das Zaubermittel ist, um die Gemeinschaft handlungsfähig zu erhalten oder sie dort, wo ihr die Handlungsfähigkeit fehlt, handlungsfähig zu machen. Das wäre zu mechanistisch gedacht. Wichtiger als die Mechanik ist das, was hinter ihr steht, nämlich die Bereitschaft zum Interessenausgleich, eine Bereitschaft, die selbstverständlich getragen sein muß vom politischen Willen zur Integration. Die Frage ist nun, ob der Entscheidungsprozeß so abläuft, daß sich jeder Mitgliedstaat fragt, was er aus der Gemeinschaft herausholen kann, oder ob er sich so vollzieht, daß wir uns fragen, wie wir als Gemeinschaft gemeinsam weiterkommen können.

(Beifall)

Diese Frage kann nicht gelöst werden durch Abstimmungsregeln, sondern ist auch eine Frage der inneren Haltung zu Europa. Wer wollte leugnen, daß es vitale Interessen gibt? Die Gemeinschaft muß ja oft im Kernbereich unserer nationalen Interessen tätig werden. Nur darf die Berufung auf solche Interessen aber nicht bewirken, daß damit der Beschlußfassungsprozeß stillsteht. Aus diesem Grund schlagen wir in der Akte vor, daß zunächst einmal das vitale Interesse begründet werden muß. Es kann dann ausnahmsweise die Abstimmung im Rat verschoben werden, um mehr Platz und Zeit für eine Suche nach Lösungen zu schaffen. Auf der folgenden Ratstagung sollte jedoch ein Beschluß gefaßt werden, auch wenn er vielleicht zunächst nur prozeduraler Art ist. Wir alle wissen, daß Einigungsdruck unerlässlich ist, und er soll durch dieses Verfahren erzeugt werden. Ich sehe beispielsweise nicht, wie die Gemeinschaft in die kommenden Jahre und in die Süderweiterung gehen kann, ohne daß wir diese Entscheidungspraxis verbessern, wenn die Zahl der Mitgliedstaaten noch größer wird. Ich bin sicher, unsere Bürger werden hierfür mehr Verständnis haben als für Serien ergebnisloser Ratstagungen, und ich bin ganz gewiß mit Ihnen auch darüber einig, daß nur dann sowohl das Parlament wie auch die Kommission ihre Aufgaben voll erfüllen können.

Abschließend möchte ich an Sie einen drei Punkte umfassenden Appell richten.

Ich appellierte an alle diejenigen, die die Bemühungen von Außenminister Colombo und mir mit Skepsis begleitet haben, die Ergebnisse der Verhandlungen abzuwarten und sie dann im Lichte der Fortschritte zu beurteilen, die sie bringen, nicht aber im Lichte dessen, was darüber hinaus zu erreichen vielleicht wünschenswert gewesen wäre. Wir haben — ich habe das bei dem ersten Vortrag hier gesagt — den Entwurf für eine Europäische Akte bewußt auf Vorschläge beschränkt, die nach unserer Überzeugung heute unter den Mitgliedsländern konsensfähig sind. Wir haben nicht das Wünschbare postuliert, sondern uns bemüht, das Erreichbare zu formulieren. Ein organisiertes und vereinigt Europa wird das Ergebnis langer und mühevoller Anstrengungen sein.

Unsere Beauftragten werden an den noch offenen Fragen weiter arbeiten und ich bin zuversichtlich, daß die Außenminister in naher Zukunft einen gemeinsamen Text vorlegen können, der spätestens im I. Halbjahr 1983 vom Europäischen Rat gebilligt werden kann. Herr Colombo und ich sind bereit, dann dem Hohen Haus erneut Rede und Antwort über Verlauf und Ergebnis der Beratungen zu stehen.

(Beifall)

Ich appelliere an Sie, Herrn Colombo und mir auch weiterhin Ihre Unterstützung nicht zu versagen. Mit großer Sympathie verfolgen wir das Drängen des Europäischen Parlaments, seinen eigenen Beitrag zum Werden der Europäischen Union zu leisten. Von der Bildung eines Institutionellen Ausschusses, über die Leitlinien für die Reform der Verträge und die Verwirklichung der Europäischen Union führt ein gerader Weg zu dem in den Leitlinien selbst in Aussicht gestellten Vertrag.

Hierzu habe ich am 12. Dezember 1981 in Bremen erklärt: „Meine ganze Hoffnung richtet sich in dieser Frage auf das Europäische Parlament. Es könnte eine große Ermutigung für den vor uns stehenden europäischen Wahlkampf 1984 sein, wenn dort bereits ein Entwurf einer Europäischen Verfassung vorläge.“

(Beifall)

Sie, Herr Präsident, haben die zweite Direktwahl zum Europäischen Parlament 1984 als „den eigentlichen Legitimationstest“ für das Parlament bezeichnet. Das verpflichtet uns alle.

Die deutsch-italienische Initiative versucht, auf der Grundlage des Bestehenden Verbesserungen zu erreichen. Sie steht nicht in Konkurrenz, schon gar nicht in Widerspruch zu dem von Ihnen vorbereiteten großen Entwurf einer Vertragsrevision. Im Gegenteil: Sie stellt einen ersten Schritt in die Richtung dar, den Schritt, den wir heute bereits gehen können. Wird er mit Ihrer Hilfe Wirklichkeit, so kann das späteren, weiterreichenden Entwürfen nur förderlich sein. Auch die Akte ist nicht als Endpunkt konzipiert.

Ich appelliere schließlich an unsere Partner in Europa, die Regierungen, in den noch offenen Fragen zum Kompromiß bereit zu sein und sich den Erfordernissen Europas in unserer Zeit nicht zu verschließen.

Ich werde nicht müde werden, darauf hinzuweisen, daß wir nicht trotz der bestehenden wirtschaftlichen Probleme, sondern gerade wegen dieser Probleme die Perspektive der europäischen Einigung nicht aus den Augen verlieren dürfen. Für das eine wie für das andere bedarf es einer langfristig konzipierten Politik. Ich fürchte, allein eine längere Periode opferreicher Anstrengungen wird uns der Lösung unserer wirtschaftlichen Probleme im nationalen wie im Gemeinschaftsrahmen näherbringen. Es gibt keine Abkürzung auf diesem Weg, den wir in einer unruhigen, in tiefer Veränderung befindlichen Welt gehen müssen.

Unseren Bürgern die Notwendigkeit dieses Weges zu verdeutlichen, dafür bedarf es jedoch einer über das Ökonomische hinausführenden Perspektive Europas. Wir wollen Europa als politisch und wirtschaftlich handlungsfähige Einheit. Wir wollen ein Europa, das für Frieden und Ausgleich in der Welt wirkt. Wir wollen ein Europa, das im Bund mit Gleichgesinnten die Ideale der Demokratie und der Menschenrechte ausstrahlt. Das ist die Perspektive, in der wir unser Europa bauen wollen.

Als ich nur Parlamentarier war und nicht auch Mitglied einer Regierung, hatte ich immer den Wunsch, die Regierungen möchten zum Parlament kommen und um Hilfe bitten. Dieser Fall ist heute eingetreten, und daher erbitten wir Ihre Unterstützung für unseren Vorschlag.

(Anhaltender Beifall)